

Antrag

der Abg. Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc und Hirschbichler MBA betreffend
Verbot von glyphosathaltigen Herbiziden

Natur- und Umweltschutzorganisationen wie Global 2000 oder Greenpeace Österreich haben umfassende Studien und Gründe vorgelegt, die ein Verbot von glyphosathaltigen Herbiziden ausreichend belegen. Zudem ist auch auf Bundesebene und in einigen Bundesländern erkennbar, dass sich die Politik für ein derartiges Verbot einsetzen wird.

Der Salzburger Landtag beschäftigte sich bereits mehrmals mit glyphosathaltigen Herbiziden, sprach sich bislang aber noch nicht für ein Verbot aus. Das Amt der Salzburger Landesregierung übermittelte aufgrund eines Landtagsbeschlusses vom 27. April 2016 eine Stellungnahme (20001-MAT/6/599-2016), inwieweit das Land Salzburg die Verwendung von glyphosathaltigen Herbiziden verbieten kann. Darin wird erklärt, dass die Anwendung bzw. Verbote von Pflanzenschutzmitteln durch eine entsprechende Verordnung der Salzburger Landesregierung bestimmt werden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. gemäß der Stellungnahme „20001-MAT/6/599-2016“ vom 30. Juni 2016 vom Amt der Salzburger Landesregierung eine Verordnung zu erlassen, die die Verwendung von glyphosathaltigen Herbiziden verbietet.
2. Dieser Antrag wird dem Ausschuss für Raumordnung, Umwelt und Naturschutz zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, am 20. Dezember 2017

Mosler-Törnström BSc eh.

Hirschbichler MBA eh.